

Antrag

**der Abgeordneten Franziska Rath, Wolfhard Ploog, Karl-Heinz Warnholz,
Jörg Hamann, Dr. Jens Wolf (CDU) und Fraktion**

Betr.: Damit die Integration gelingt – Stadtteilmütter und Elternlotsen gezielter einsetzen und dieses Ehrenamt auch als Sprungbrett nutzen

Sie sind Brückenbauer zwischen den Kulturen, in dem sie neu nach Hamburg gekommenen Flüchtlingen und Zuwanderern zeigen, worauf es in der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) ankommt. Von Behördengängen – beispielsweise bei der Beantragung eines Kita-Gutscheins – bis hin zur Hilfe bei der Lektüre des Fahrplans der öffentlichen Verkehrsmittel und zu Informationen, wo man was am besten einkaufen kann: Stadtteilmütter beziehungsweise Elternlotsen helfen in vielen Bereichen des Alltags. Sie haben zumeist selbst einen Migrationshintergrund und sprechen neben Deutsch noch die Sprache ihres Herkunftslandes beziehungsweise des Herkunftslandes ihrer Eltern. Die ehrenamtlichen Stadtteilmütter arbeiten allerdings selbst aus verschiedenen Gründen nicht immer auf dem ersten Arbeitsmarkt. Ihr Engagement im Ehrenamt könnte aber viel besser dafür genutzt werden, dass sie den Einstieg dorthin bekommen. Ihre wichtige Arbeit als Stadtteilmutter und ihre eigene Zukunft als Bestandteil des Arbeitsmarktes könnten effektiver miteinander verknüpft werden.

Im Jahr 2017 lag die Erwerbstätigenquote von Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg bei 65,5 Prozent, bei Personen ohne Migrationshintergrund hingegen bei 81,3 Prozent (Drs. 21/17963). Blickt man nur auf die weiblichen Erwerbstätigen, dann erhöht sich die Differenz zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund noch weiter. So betrug im Jahr 2016 die Erwerbstätigenquote von erziehenden Frauen mit Wurzeln in arabischen Ländern 13,8 Prozent, die von erziehenden Frauen mit südosteuropäischen und türkischen Wurzeln 45,1 Prozent, während jene mit Wurzeln in EU-Ländern bei 63,7 Prozent lag. Projekte wie „Treffpunkt Beruf“ sprechen daher gezielt Mütter mit Migrationsgeschichte an und nehmen hierbei gerne jene Frauen auf, die bereits als Stadtteilmütter beziehungsweise Elternlotsen als Ehrenamtliche aktiv waren. Der Träger passage gGmbH bietet beispielsweise eine sechsmonatige Berufsvorbereitung zur Sozialpädagogischen Assistenz. Und auch wenn der Senat meint betonen zu müssen (Drs. 21/18452), dass es sich bei Projekten im Rahmen des ehrenamtlichen Engagements nicht um klassische arbeitsmarktpolitische Instrumente handele, könnten durch diese berufsrelevanten Kompetenzen erhalten oder erworben werden.

Leider lässt sich allerdings feststellen, dass der wichtige Einsatz von Stadtteilmüttern und Elternlotsen in den jeweiligen Stadtteilen dem Zufall überlassen wird. Schlägt ein Träger ein entsprechendes Projekt vor, kann er auf eine Sockelfinanzierung in Höhe von aktuell 63 000 Euro jährlich hoffen. Doch Drs. 21/18452 macht deutlich, dass es durchaus Stadtteile mit hohem Migrationsfaktor gibt, in denen der Einsatz von Stadtteilmüttern beziehungsweise Elternlotsen sinnvoll wäre, es aber keine gibt. Und auch die Weiterqualifizierung erfahrener Stadtteilmütter und Elternlotsen erfolgt nur zögerlich, obwohl diese durchaus ein Anreiz für die Ausübung einer solchen Tätigkeit sein kann. Dabei heißt einer der Träger Sprungbrett e.V. Dieser Name sollte Programm werden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. zusammen mit den Bezirken zu überprüfen, ob es weitere Stadtteile gibt, in denen der Einsatz von Stadtteilmüttern beziehungsweise Elternlotsen zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern sinnvoll ist und im Rahmen eines Auswahlverfahrens einen Träger für diese Projekte zu finden,
2. die Tätigkeit von Stadtteilmüttern und Elternlotsen verstärkt als arbeitsmarktpolitisches Instrument zu nutzen und die Aufnahme von diesen Ehrenamtlichen in entsprechende Berufsvorbereitungen regelhaft zu realisieren,
3. der Bürgerschaft bis Ende Februar 2020 Bericht zu erstatten.